
SJD / Postulat Böhi-Wil (27 Mitunterzeichnende) vom 20. September 2016

Massnahmen zur Prävention von religiöser Radikalisierung

Information der Regierung vom 7. Februar 2017

Mit Postulat 43.16.05 «Massnahmen zur Prävention von religiöser Radikalisierung» soll die Regierung eingeladen werden, «dem Kantonsrat über die im Kanton St.Gallen angewendeten Präventionsmassnahmen zur Bekämpfung von religiösen Radikalisierungstendenzen Bericht zu erstatten».

Das Postulat nimmt Bezug auf den Bericht des Sicherheitsverbundes Schweiz «Präventionsmassnahmen zur Verhinderung von Radikalisierung. Eine Bestandsaufnahme in der Schweiz»¹. Dieser Bericht vom 4. Juli 2016 trägt vorhandene Präventionsmassnahmen ausserhalb der Zuständigkeit der Justiz- und Strafverfolgungsbehörden zusammen, die darauf zielen, eine Radikalisierung zu verhindern. In einem zweiten Bericht bzw. dem Nationalen Aktionsplan «Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus» sollen die darin enthaltenen Präventionsmassnahmen und Handlungsempfehlungen aus den Bereichen Bildung, Religion, Sozialwesen, Integration und Strafvollzug nun ergänzt und präzisiert werden. Geplant ist, dass der Nationale Aktionsplan in der zweiten Jahreshälfte 2017 veröffentlicht wird.

Der Regierung ist es ein Anliegen, dass der Kanton St.Gallen bei der Radikalisierungsprävention vor allem auch ausserhalb des Sicherheitsbereichs gut aufgestellt ist. Wertvolle Impulse verspricht sich die Regierung vom Nationalen Aktionsplan. Aus diesem Grund wartet die Regierung den Nationalen Aktionsplan ab, um anschliessend über das weitere Vorgehen einschliesslich der Stellungnahme zum Postulat beschliessen zu können. Mit diesem Vorgehen hat sich der Erstunterzeichner einverstanden erklärt.

¹ Abruflbar unter <https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/44716.pdf>.